



ALFRED GAFFAL

Bayern ist ein industrieller Spitzenstandort. Im Staatenvergleich mit den 45 wichtigsten Wettbewerbern belegt Bayern bei der Standortqualität den dritten Platz. Vor dem Freistaat sind lediglich Schweden und die Schweiz platziert. Deutschland kommt auf Rang sieben. Das geht aus der Studie „Industrielle Standortqualität Bayerns im internationalen Vergleich“ hervor, die die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. – Anfang April veröffentlicht hat.

Die Studie hat die Standortqualität Bayerns sowie der 45 wichtigsten Wettbewerber des Freistaats bewertet. Bayern zeigt in fast allen untersuchten Bereichen ein sehr hohes Standortniveau. In fünf der sechs Kategorien zur Standortqualität liegt Bayern weltweit unter den Top Ten. Sehr gute Werte erreicht der Freistaat beispielsweise in den Bereichen „Infrastruktur“ (weltweit Platz 1) und „Wissen“ (Platz 5) – dazu gehören auch das Bildungssystem und das Innovationsumfeld. Schlechte Noten erhielt Bayern aber bei den Kosten, beispielsweise bei den Arbeits- und Energiekosten. Hier erreicht Bayern nur Platz 36.

Industriestandort Bayern Spitzenstellung halten

In einer zweiten Studie zur Standortqualität hat die vbw die Unternehmen gefragt, was sie vom Standort Bayern halten. Auch diese Studie kommt zu sehr guten Ergebnissen. So ist die Loyalität der Unternehmen zum Standort Bayern geradezu phänomenal. Rund 97 Prozent der Firmen würden ihren Standort wieder in Bayern wählen. Auf einer Punkteskala von 0 (sehr schlechter Standort) bis 100 (sehr guter Standort) erreicht Bayern bei der Standortbewertung durch die Unternehmen mit 71 Punkten ein überdurchschnittliches Ergebnis. Als einen wichtigen Standortvorteil sehen die Unternehmer ihre gute Integration in funktionierende Wertschöpfungsketten. Das heißt: Die Betriebe in Bayern sind mit der Leistungsfähigkeit ihrer Zulieferer und ihren Partnerfirmen überdurchschnittlich zufrieden.

HOHER ANTEIL DER INDUSTRIE AN DER WIRTSCHAFT

Die gute Standortqualität Bayerns hat positive Auswirkungen. Während in den meisten westlichen Ländern die Industrie auf dem Rückzug ist, nimmt ihr Gewicht im Freistaat weiter zu: Der Anteil der Industrie an der gesamten Bruttowertschöpfung ist von 23,5 Prozent im Jahr 1995 auf 25,7 Prozent im Jahr 2011 gestiegen. Einschließlich der im Verbund erbrachten unternehmensnahen und produktionsbegleitenden Dienstleistungen erreicht der Industrieanteil sogar ein Drittel. Die Industrie erweist sich einmal mehr als Kern wirtschaftlicher Wertschöpfung und Leitsektor der bayerischen Wirtschaft. Betrachtet man hingegen die 45 wichtigsten Wettbewerbsstaaten Bayerns, dann ist dort der Industrieanteil im selben Zeitraum von 20 auf 16,5 Prozent geschrumpft.

Erst der hohe Anteil der Industrie an der Wertschöpfung macht Bayern zu dem, was es ist: Ein überaus erfolgreicher Wirtschaftsstandort mit hohem Wohlstandsniveau und niedriger Arbeitslosigkeit:

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DEN INDUSTRIESTANDORT BAYERN

Der Erfolg Bayerns ist kein Selbstläufer. Beide Studien zeigen, dass wir zunehmend mit vielen stark aufholenden Schwellenländern im intensiven Wettbewerb stehen. Damit Bayern seine Spitzenstellung halten kann, muss die Standortqualität weiter gefestigt und ausgebaut werden. Ziel muss es sein, die heimische Wertschöpfung trotz der Verschiebung der weltweiten Nachfrage in Richtung Schwellenländer zu sichern und zu stärken. Folgende vier zentrale Handlungsfelder sind dabei von Bedeutung:

Erstens: Wir brauchen dauerhaft wettbewerbsfähige **Arbeitskosten**. Zwar haben wir unsere Position in den letzten zehn Jahren durch eine moderate und flexible Lohnpolitik ein Stück weit verbessern können. Dieser Weg ist in jüngster Zeit aber in Frage gestellt worden. So sind die industriellen Arbeitskosten in Deutschland in den Jahren 2011 und 2012 wieder stärker gestiegen als im Durchschnitt der Europäischen Union. Hinzu kommt: Mit aktuell 37 Euro pro Arbeitsstunde und Beschäftigten liegt Deutschland international nach wie vor in der Spitzengruppe. Zum Vergleich: In Österreich kostet die industrielle Arbeitsstunde 32 Euro, in Italien 27 Euro, in Spanien 23 Euro, in Tschechien zehn Euro und in Bulgarien drei Euro. Dieser Kostenvorteil stellt unsere Unternehmen vor große Herausforderungen. >> Seite 2



**Bitte vormerken: Bayerischer Wirtschaftstag 2013
am 10. Juli, 15:00 - 18:00 Uhr, in Ingolstadt**

Sie müssen Tag für Tag ihre Wettbewerbsfähigkeit neu erarbeiten und verteidigen. Und das heißt: Wir müssen um das, was wir teurer sind, besser sein. Aber zu große Kostenunterschiede können nicht mehr allein durch Qualität, besseren Service oder Innovationen kompensiert werden. Industrielle Wertschöpfung und hohe Beschäftigung sind auch am Standort Deutschland und Bayern ohne eine moderate Entwicklung der Arbeitskosten nicht zu haben.

Zweitens: Entscheidend für die Zukunftsfähigkeit eines Standorts ist eine sichere und umweltverträgliche **Energieversorgung** zu wettbewerbsfähigen Preisen. Und da mache ich mir ernsthaft Sorgen. Von 2009 bis 2012 sind die Preise für Industriestrom in Deutschland um ein Drittel gestiegen. Er kostet in Deutschland das Doppelte wie in den USA, etwa 50 Prozent mehr als in Frankreich und ist um 15 Prozent teurer als im Durchschnitt der 27 EU-Mitgliedsstaaten. Und die Schere bewegt sich weiter auseinander. Leider hat die Politik immer noch kein schlüssiges Gesamtkonzept für die Energiewende vorgelegt. Bisher ist nur über den Ausstieg aus der Kernenergie eindeutig entschieden. Der für den Umbau der Energiesysteme notwendige Handlungsrahmen fehlt nach wie vor. Ihn muss die Politik schnellstens liefern. Von entscheidender Bedeutung ist, dass die Anstrengungen zur Sicherung der Energieeffizienz deutlich verstärkt werden. Das mit Abstand größte Potential liegt im Gebäudesektor, wo 40 Prozent der Energie verbraucht werden. Hier sind wirksame Anreizsysteme wie die von uns wieder-

holt geforderte steuerliche Abschreibbarkeit energetischer Sanierungsmaßnahmen überfällig. Unsere Unternehmensbefragung hat ergeben, dass die bayerischen Unternehmen die Verfügbarkeit von Strom und Energie noch immer als das größte Standortplus bewerten. Die Kosten für Strom und Energie werden dagegen als das größte Minus beurteilt. Wenn wir die Energiewende nicht schnell richtig anpacken, wird sich der Standortnachteil „Kosten“ weiter verschärfen und der Standortvorteil der sicheren Energie- und Stromversorgung wird verloren gehen. Damit verlieren wir auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in unserem Land.

Drittens: Wir brauchen den weiteren Ausbau der **Verkehrsinfrastruktur**. Zwar erhält Bayern auch hier weit überdurchschnittliche Noten. Dennoch besteht großer Investitionsbedarf. Laut Verkehrsprognose Bayern 2025 wird die Verkehrsleistung im Personenverkehr von 2007 bis 2025 um ein gutes Fünftel zunehmen. Im Güterverkehr wird die Transportleistung sogar um deutlich über 50 Prozent steigen. Dieses Nachfrageplus muss von einer leistungsfähigeren und intelligenteren Verkehrsinfrastruktur aufgenommen werden, damit es nicht zum Verkehrsinfarkt kommt. Wir sind allerdings weit davon entfernt, diese Infrastruktur aufzubauen. Im Gegenteil: Die heutigen Investitionen in die Verkehrswege decken nicht einmal den Ersatzbedarf. Die Investitionen des Bundes in die Verkehrsinfrastruktur müssen dauerhaft von 10 auf 14 Mrd. Euro aufgestockt werden.

Viertens: Wir brauchen eine hervorragende **Bildung und Ausbildung** der Menschen. Angefangen bei der vorschulischen und schulischen Bildung, über berufliche Aus- und Weiterbildung bis zum Hochschulstudium. Lebenslange Qualifizierung ist notwendig. Die Anforderungen an die Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnen steigen laufend, und zwar durch die immer schneller werdende technologische Entwicklung, die Fülle neuer Anforderungen, die ständig wachsende Komplexität und die zunehmende internationale Verflechtung. Das Mehr an Wissen und die höheren Fertigkeiten unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tragen dazu bei, dass wir als Hochlohnland im internationalen Wettbewerb bestehen können.

Fazit: Bayern ist Wirtschaftsstandort Nummer eins in Deutschland. Wir wollen alle, dass das so bleibt. Daran müssen wir permanent arbeiten. Die Unternehmen brauchen dafür eine verlässliche Basis. Und das ist eine Wirtschaftspolitik auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft, die von Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit geprägt ist und Vertrauen schafft.

ALFRED GAFFAL
Präsident der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Alfred Gaffal ist seit Anfang März 2013 Präsident der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.. Er war Vorstandsvorsitzender der Wolf GmbH, Heizungs- und Klimatechnik, Mainburg in Niederbayern. Seit 2011 leitet er den Aufsichtsrat des Unternehmens.

Wir begrüßen herzlich unsere neuen Mitglieder

- Katrin Geißler-Schmidt, München
- Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG, München
- Winfried Nusser, Ruderatshofen
- Chris Neumeyer, Neumeyer Luxury Design, Bad Gögging
- Dr. Wolf Brandt, Wertach
- Mario Kunzendorf, Kunzendorf GmbH, Bad Abbach
- Huber, Reuss & Kollegen Vermögensverwaltung GmbH, München

Impressum

Herausgeber: WIRTSCHAFTSBEIRAT der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel. 089-2422860, Fax: 089 291518, www.wbu.de

V.i.S.d.P.: Dr. Jürgen Hofmann **Redaktionsschluss:** 30.04.2013

Produktion und Anzeigen: WELTBUCH Verlag GmbH, Enderstr. 5, 01277 Dresden, Tel. 0351-4794244, Fax: 0351-4794245, www.weltbuch.com

Büchertipps: Zeitgeschichte



Infos und Kauf unter: www.weltbuch.com oder im Buchhandel

Johann Gg. Zölls

- Snackautomaten
- Fotoautomaten
- Getränkeautomaten
- Kaffeemaschinen



Kapell-Leite 2
90579 Langenzenn
Tel. 09101/909390

www.zoells.de

Editorial



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

in den letzten Wochen hat das Thema Steuern in vielfältiger Form die Schlagzeilen in den Medien beherrscht und für erhitzte Gemüter gesorgt. Erst ging es um Vermögen, die z.T. über verschachtelte Konstruktionen den Weg in exotische Steueroasen wie die britischen Jungferninsel, Samoa oder die Cook Islands gesucht und gefunden haben. Wobei dies in der Öffentlichkeit mit dem Generalverdacht der Geldwäsche und Steuerhinterziehung verbunden wurde. Inwieweit Gelder dort legal unter Ausnutzung eines zweifellos starken Steuergefälles angelegt sind, blieb dabei offen. Zumindest mir hat es sich nicht erschlossen.

Kurze Zeit später hat Rheinland-Pfalz den Ankauf einer weiteren CD mit illegal beschafften Steuerdaten bekannt gegeben und von deren Ergiebigkeit geschwärmt. Dass solche Aktionen unter rechtsstaatlichen Aspekten fragwürdig sind, hat der Arbeitskreis Ordnungspolitik des Wirtschaftsbeirats bereits 2010 in einem Positionspapier kritisiert. Natürlich ist Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt. Aber der Zweck heiligt in einem Rechtsstaat nicht jedes Mittel.

Last but not least hat die Selbstanzeige von FC Bayern-Präsident Uli Hoeneß bezüglich unversteuerter Kapitalerträge in der Schweiz, die staatsanwaltschaftliche Ermittlungen ausgelöst hat, für Furore gesorgt. Eigentlich sollten solche Anzeigen unter Wahrung des Steuergeheimnisses anonym abgewickelt werden. Aber, große Persönlichkeiten in der Öffentlichkeit vorzuführen, ist in unserer Mediengesellschaft mittlerweile gang und gäbe. Hoeneß hatte auf das Inkrafttreten des deutsch-schweizerischen Steuerabkommens gehofft. Darin war auch die Frage der Nachzahlung bislang unversteuerter Kapitalerträge früherer Jahre sauber geregelt. Es ist am rot-grün dominierten Bundesrat gescheitert. Bemerkenswerter Weise wäre Hoeneß die Begleichung seiner Steuerschulden bei einem Zustandekommen des Abkommens finanziell teurer gekommen als die Selbstanzeige, wie eine namhafte Zeitung kürzlich vorgerechnet hat. So viel zur These: der Ankauf weiterer Steuer-CDs brächte mehr als das geplatzte Abkommen.

Wie auch immer, die ganze Situation ist unbefriedigend. Das Positive daran: Unter dem Druck der Öffentlichkeit hat die Bereitschaft, international ernsthaft zu einer Bereinigung zu kommen, spürbar zugenommen. Sie sollte genutzt werden, um zumindest europaweit, besser im globalen Maßstab zu einem Abkommen über den gegenseitigen Informationsaustausch steuerrelevanter Daten zu kommen. Einem großen Teil von Steuerhinterziehung wäre dann der Boden entzogen. Das kann freilich nicht Steuerharmonisierung bedeuten.

All diese „Aufreger“ haben dazu geführt, dass die Diskussion über die Steuerpolitik nach der Wahl bislang noch keine große Rolle spielt. Dabei haben es die Wahlprogramme der Opposition, die bereits vorliegen, in diesem Punkt in sich. Käme es im Herbst zu einer Regierungsübernahme durch Rot-Grün, wäre eine Steuererhö-

hungssorgie vorgezeichnet. Das würde bei der Abschaffung der ermäßigten Mehrwertsteuer für Hotels beginnen, die sich sehr positiv auf die Auflösung des Investitionsstaus und auf die Wettbewerbsfähigkeit des Beherbergungsgewerbes ausgewirkt hat. Wir müssten mit einer Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer auf 49 Prozent rechnen. Eine spürbare Vermögensabgabe, gefolgt von der Wiedereinführung der Vermögenssteuer würde drohen. Die Erbschaftssteuer würde verdoppelt, die Abgeltungssteuer abgeschafft, Kapitalerträge wieder dem individuellen Steuersatz unterworfen. Was dies alles vor allem auch für die Existenz und die Investitionskraft des Mittelstands bedeuten würde, muss ich hier nicht näher ausführen.

Rot-Grün stellt seine Steuererhöhungspläne regelmäßig in den Zusammenhang mit mehr Mitteln für die Bildungs- und Infrastrukturpolitik. Klingt gut. Aber die Erfahrung lehrt: Auch solche Mehreinnahmen würden am Ende nicht in die Zukunftssicherung fließen, sondern in einer unerlichen Ausweitung des Sozialbudgets landen. Die Steuereinnahmen sind in den letzten Jahren auch so auf immer neue Rekordstände geklettert. Deutschland hat kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem. Notwendig ist keine höhere Besteuerung, sondern eine Verbesserung der Haushaltsstruktur.

Schon die steuerpolitischen Pläne zeigen: Es ist entgegen verbreiteter Meinung überhaupt nicht „wurscht“, wer im Herbst in Berlin an die Regierung gelangt. Wir werden uns deshalb beim diesjährigen Bayerischen Wirtschaftstag am 10. Juli 2013 in Ingolstadt bewusst der Steuer- und Finanzpolitik widmen. Dazu darf ich Sie heute schon einladen.

Herzlichst Ihr
JÜRGEN HOFMANN



Fordern Sie unsere zwei neuen **Positionspapiere** an:

- Energiewende – eine Zwischenbilanz, von Dr. Otto Wiesheu, Präsident Wirtschaftsbeirat
- Energiewende erfordert Anpassungen des Strommarktes, von Armin Geiß, Vorsitzender Energierausschuss des Wirtschaftsbeirates

Download unter: <http://www.wbu.de/positionen-stellungnahmen.asp>

Wirtschaftsbeirat Bayern, Tel: 089-2422860,
Fax: 089-291518, Mail: info@wbu.de

Anzeigen im
KOMPASS
bringen Kontakte!

Fordern Sie die Mediadaten an: per Mail: weltbuch@mac.com oder geben Sie den Link: <http://db.tt/QmobHvPD> in Ihren Internet-Browser ein und Ihnen wird automatisch die PDF übertragen.



WILLIAM (BILL) E. MOELLER

„We need to work together; we need to stick together. We need you as much as you need us.“ sagte Vizepräsident Biden bei der Münchener Sicherheitskonferenz. Der Kalte Krieg ist vorbei, aber bei den meisten Themen auf der transatlantischen Agenda handelt es sich um Herausforderungen, die nicht nur die Vereinigten Staaten oder Deutschland oder andere europäische Länder betreffen, und die kein Land alleine bewältigen kann. Von Tag eins seiner ersten Amtszeit an hat der Präsident keinen Zweifel daran gelassen, dass die Erneuerung und Festigung bestehender Partnerschaften - beginnend mit Europa - unerlässlich ist, um sich gemeinsam den globalen Herausforderungen zu stellen. Wie Vizepräsident Biden bei der Münchner Sicherheitskonferenz auch betont hat: „Europa ist der Eckpfeiler unseres internationalen Engagements und ein Motor für unsere globale Zusammenarbeit.“ Wenn also von der „pazifischen Wende“ unter Präsident Obama die Rede ist, dann handelt es sich nicht um eine Drehung weg von Europa, sondern um eine Drehung, die die USA gemeinsam mit ihren europäischen Partnern vollziehen.

GLOBALES WACHSTUM ALS CHANCE BEGREIFEN

Wir befinden uns mitten in einem historischen Prozess der Neuordnung, der an der Schnittstelle zwischen globalem Wirtschaftswachstum und demographischen Veränderungen stattfindet. Das Wachstum in den aufstrebenden Ländern in Süd- und Ostasien findet in rasantem Tempo statt und bezieht immer mehr Menschen mit ein. Manche verfolgen diese Entwicklung mit Sorge. Dagegen sehen wir das rapide Wirtschaftswachstum und die daraus resultierende regionale Verflechtung in Asien vor allem als Chance, zusätzliches Wachstum und Wohlstand für uns alle zu schaffen.

Transatlantische Beziehungen in der Zweiten Obama-Amtszeit Durch Zusammenarbeit gemeinsame Interessen und Werte wahren

Dies bringt die Erschließung neuer Märkte für unsere Produkte, neue Handels- und Investitionsmöglichkeiten und zusätzlichen Spielraum für wissenschaftliche Zusammenarbeit mit sich.

Aber es gibt auch eine Reihe von offenen Fragen, die wir gemeinsam ansprechen müssen, beispielsweise zur Rolle von Staatsunternehmen in manchen Schwellenländern oder zum Schutz geistigen Eigentums. Eine enorme Herausforderung sind der Umwelt- und Klimaschutz sowie der Umgang mit natürlichen Ressourcen im weiteren Sinne. In dem Maße, in dem die Weltbevölkerung und die Wirtschaft – besonders in den Schwellenländern – wachsen, steigt auch der Bedarf an Nahrung, Rohstoffen, Energie und urbarem Land. Die Entwicklung globaler Normen ist deshalb einer der wichtigsten Bereiche internationaler Zusammenarbeit. Dieser Prozess kann nicht ausschließlich Aufgabe von Regierungen sein, sondern muss die Privatwirtschaft mit einbeziehen. Wie wir in der Vergangenheit gesehen haben, sind es die privaten Unternehmen, die am meisten von gegenseitiger Anerkennung und gemeinsamen Standards profitieren. Je enger wir zusammenarbeiten, um ein faires, transparentes und regelbasiertes Handels- und Finanzsystem zu gewährleisten, desto besser wird es uns allen wirtschaftlich ergehen.

VONEINANDER LERNEN

Kanzlerin Merkel sagte bei einer Rede zum sechzigsten Jahrestag der Atlantik Brücke: „Wenn wir in der Welt des 21. Jahrhunderts mit einem weiterhin rapiden Bevölkerungswachstum unsere Werte und Interessen behaupten sollen, dann müssen wir gemeinsam für sie werben und für sie eintreten.“ Die Kanzlerin erwähnte dabei gemeinsame Standards für Elektromobilität, Nanotechnologie und andere Bereiche. Aber es geht noch um sehr viel mehr. Wir in den Vereinigten Staaten sehen zum Beispiel großes Potential im Erdgas. Aber unser Fokus liegt auch auf erneuerbaren Energien. Deutschland hat in diesem Bereich enorme Fortschritte erzielt, von denen auch wir profitieren können. Es geht also weiterhin darum, in den verschiedensten Bereichen voneinander zu lernen. So ist es auch kein Zufall, dass Präsident Obama in seiner Rede zur Lage der Nation im

Februar auch das duale Ausbildungssystem Deutschlands als Vorbild würdigte.

„TRANSATLANTIC STATECRAFT“

Der Übergang zur zweiten Amtszeit eines Präsidenten ist eine Zeit der Personalwechsel. Minister gehen, neue kommen. Unser neuer Außenminister John Kerry ist seit vielen Jahren ein ausgesprochener „Transatlantiker“. Seine erste Auslandsreise in seiner neuen Funktion führte im Februar nach Europa – die zweite Station war Berlin – ebenfalls ein klares Signal, dass sich eminent wichtige Freunde und Verbündete nach wie vor in Europa befinden. In Berlin ging der Außenminister auf die enorme Bedeutung der wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union ein: „Sie sind unser größter Handelspartner, die beiderseitigen Investitionen im jeweils anderen Land sind hoch, und wir kaufen die Waren des anderen“, sagte er. Durch Zusammenarbeit „haben wir die große Chance, Arbeitsplätze zu schaffen, die Wirtschaft zu stärken und eine Zukunft füreinander aufzubauen“, fügte er hinzu.

Außenpolitik ist heute mehr denn je auch Wirtschaftspolitik. Wir nennen das „Economic Statecraft“, eine Diplomatie, die wirtschaftliche Entwicklung und Handelsaustausch als treibende Kraft für Frieden und Stabilität in der Welt fördert. Für die Vereinigten Staaten und Europa heißt dies, dass wir eng zusammen arbeiten müssen, um verbleibende Handels- und Investitionshindernisse zwischen uns abzubauen und unsere gemeinsamen Interessen in einer globalisierten Welt zu wahren. Was wir gemeinsam bewerkstelligen können, hängt vor allem von unserer eigenen wirtschaftlichen Stärke ab, die wir weiter forcieren können, indem wir noch enger zusammenrücken. Sieben Milliarden Menschen leben heute auf der Welt. Europäer und Amerikaner machen zusammen nicht einmal eine Milliarde aus, erwirtschaften allerdings immer noch annähernd 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Welt. Es ist also gut, wenn wir in vielen Fragen auch in Zukunft zusammenhalten und unser Wertefundament gemeinsam vertreten.

WILLIAM (BILL) E. MOELLER
Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Bayern

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

22. März 2013 – Bezirke Ingolstadt und Augsburg

Zu Gast bei der Eurocopter Deutschland GmbH in Donauwörth waren die Bezirke Ingolstadt und Augsburg. Vorträge von Manfred Dumann, Bezirksvorsitzender in Ingolstadt, und Johann Oswald in Vertretung des Vorsitzenden Dr. Wolfgang Schoder sowie eine ausgedehnte Betriebsbesichtigung überzeugten die Teilnehmer von der Leistungsfähigkeit der europäischen Hubschrauberindustrie. Das Werk in Donauwörth war nach dem Krieg noch eine Waggonfabrik. Heute ist Eurocopter Weltmarktführer bei zivilen Hubschraubern.

Foto v.l.n.r.: Manfred Dumann, Dr. Georg Haindl (Vorsitzender Bezirk Augsburg), Dieter von Hummel (Vorgänger von Dr. Wolfgang Schoder in der Geschäftsleitung)



12. April 2013 – Bezirk Berchtesgadener Land / Traunstein

Auch in diesem Jahr war der Bezirk Berchtesgadener Land/ Traunstein unter seinem Vorsitzenden Dr. Michael Elsen beim traditionellen Jahresempfang der Traunsteiner Wirtschaft in Bad Adelholzen vertreten. Die Festrede vor voll besetztem Saal in den Adelholzener Alpenquellen hielt Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Horst Köhler. Prof. Köhler und seine Frau haben im letzten Jahr in Unterwössen ihre zweite Heimat gefunden.

17. April 2013 – Bezirke Memmingen, Kempten und Lindau

Eine Veranstaltung des Bezirks Memmingen unter der Leitung des Vorsitzenden Dr. Rudolf Fickler in Kooperation mit den Bezirken Kempten und Lindau bot Mitgliedern und Gästen Gelegenheit, den Allgäu Airport Memmingen näher kennenzulernen und sich über dessen Bedeutung für die Wirtschaft zu informieren. Nach einer ausführlichen Besichtigung des Terminals und des Flughafengeländes präsentierte Geschäftsführer Ralf Schmid Details und informierte die gut 40 Teilnehmern über die aktuelle Lage, die Gesellschafter und die Zukunftspläne des jüngsten und dritten bayerischen Verkehrsflughafens.

Foto v.l.n.r.: Ralf Schmid, Dr. Ingrid Fickler, MdL a.D., Dr. Rudolf Fickler, Josef Schlick (Bezirksvorsitzender Lindau)



18. April 2013 – Bezirk Jurakreis

Unter der Leitung des Vorsitzenden Gerd Ortner finden im Bezirk Jurakreis in losen Abständen Unternehmerstammtische statt. Das letzte Treffen wurde mit einer Betriebsbesichtigung verknüpft. Georg Eckerle, Mitgründer und Geschäftsführer der Firma InovaTools (Eckerle & Ertel GmbH) in Kinding/Haunstetten, hatte die Teilnehmer eingeladen, einen Blick in einen hochmodernen und weltweit expandierenden mittelständischen Betrieb zu werfen. Das Unternehmen entwickelt und fertigt für Kunden in aller Welt und aus den verschiedensten Branchen Standard- und Sonderwerkzeuge, Einzelwerkzeuge und Kleinserien, Präzisionsteile und Maschinen.

Foto v.l.n.r.: GS Dr. Jürgen Hofmann, Georg Eckerle, Thomas Pöppel, Stv. Bezirksvorsitzender Eduard Liebscher, Hermann Plank, Markus Vogt, Gerd Ortner



24. April 2013 – Ausschuss Außenwirtschaft

Hubert Stärker, Vorsitzender des Ausschusses für Außenwirtschaft, begrüßte vor etwa 150 Teilnehmern William (Bill) E. Moeller III, Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Bayern. Moeller referierte über die „Transatlantischen Beziehungen in der Zweiten Obama-Amtszeit“. Eine rege Diskussion geleitet von Bernd Pantze, Stv. Ausschussvorsitzender, schloss sich an. Zu den Kerngedanken des Vortrags siehe auch den Artikel von Generalkonsul Moeller in dieser Ausgabe.

v.l.n.r. Bernd Pantze, Hubert Stärker, William E. Moeller, Dr. Jürgen Hofmann



Terminvorschau

21. Mai, Burghausen

Bezirk Inn/Salzach: Dr. Andreas Scheuer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, „Infrastrukturpolitik ist Wirtschaftspolitik in der Praxis“

27. Mai, Marktredwitz

Bezirk Hochfranken: Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB, Bundesminister des Innern „Cyber-Sicherheit“

28. Mai, München

Ausschuss für Energie- und Rohstoffpolitik: Thomas Barth, Vorsitzender des Vorstands E.ON Bayern AG; Martin Fuchs, Vorsitzender der Geschäftsführung TenneT TSO GmbH „Energiewende – hält das Netz?“

29. Mai, Bad Tölz

Ausschuss für Tourismus: Bgm. Klaus Holetschek, Präsident des Bayerischen Heilbäderverbandes; Olaf Seifert, Geschäftsführer des Tourismusverbandes Franken; Heidi Kastenmayer, Projektleiterin Gesundheit Amt für Stadtmarketing, Tourismus- und Wirtschaftsförderung; „Gesundheitsvorsorge 3.0 – Chancen für Heilbäder und Kurorte sowie Unternehmen durch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit“

10. Juni, Regensburg

Bezirk Regensburg: Weißwurstfrühstück mit Abgeordneten

12. Juni, Burghausen

Bezirk Inn/Salzach: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern „Mit dem Mittelstand die Zukunft gewinnen“

13. Juni, München

Ausschuss für Medienpolitik: Prof. Wolfram Winter, Executive Vice President Communications der Sky Deutschland AG „Pay-TV in Deutschland – dritte Säule des Fernsehens und Innovationstreiber“

13.-14. Juni, Kloster Banz

Ausschuss für Mittelstandspolitik: Bayerisch-Sächsische Unternehmertage

17. Juni, München

Bezirk München: Münchner Wirtschaftstag 2013 u.a. mit Staatsminister Joachim Herrmann, MdL, Prof. Dietrich Fink, Technische Universität München; „Wohnungsmangel – Herausforderung für München“

25. Juni, München

AK Unternehmerzukunft

26. Juni, München

Ausschuss für Bildung: Museum Mensch und Natur in Nymphenburg

27. Juni, Lindau

Bezirk Lindau: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern

1. Juli, München

Ausschuss für Wirtschaftspolitik: Christine Haderthauer, MdL, Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

2. Juli, München

Junge Unternehmer: Besuch der BayWa AG

2. Juli, Bamberg

Bezirk Bamberg: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern

3. Juli, München

Ausschuss für Verkehrspolitik: Dr. Peter Ramsauer, MdB, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

4. Juli, Rothenburg ob der Tauber

Bezirk Ansbach: Ilse Aigner, MdB, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

5. Juli, Fraueninsel/Chiemsee

Bezirk Berchtesgadener Land und Bezirk Rosenheim: Frauenwörther Gespräche mit Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen und Giroverbandes

8. Juli, Augsburg

Bezirk Augsburg mit Prof. Dr. Hans Ulrich Buhl, Universität Augsburg

10. Juli, Ingolstadt

Bayerischer Wirtschaftstag zur Steuer- und Haushaltspolitik mit Dr. Markus Söder, MdL, Bayerischer Staatsminister der Finanzen, Prof. Dr. Paul Kirchhof, Bundesverfassungsrichter a. D., und Axel Strotbeck, Mitglied des Vorstandes Audi AG

11. Juli, München

Ausschuss für Europapolitik: Simon McDonald, Britischer Botschafter in Berlin; Markus Ferber, MdEP, Vorsitzender der CSU-Europagruppe

15. Juli, München

Ausschuss für Ernährungs- und Agrarpolitik: Ilse Aigner, MdB, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; Prof. Dr. Harald von Witzke, Humboldt-Universität zu Berlin; „Nachhaltigkeit in der Agrar- und Ernährungswirtschaft: Gesellschaftliche Erwartungen und unternehmerische Strategien“

16. Juli, München

Ausschuss für Außenwirtschaft

18. Juli, München

Ausschuss für Finanzmärkte mit Hans Michelbach MdB; Dr. Christine Bortenlänger, Geschäftsführendes Mitglied des Vorstands Deutsche Aktieninstitut e.V.; Prof. Dr. Christoph Kaserer, Lehrstuhl für Finanzmanagement und Kapitalmärkte an der Technischen Universität München; „Transaktionssteuer“

23. Juli, Tittmoning

Bezirke Berchtesgadener Land/Traunstein, Inn/Salzach und Passau: Sommerempfang der südostbayerischen Bezirke mit Dr. Luis Durnwalder, Landeshauptmann der Provinz Bozen Südtirol

24. Juli, Neumarkt

Bezirk Jurakreis: Christine Haderthauer, MdL, Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Weitere Informationen und Termine finden Sie unter: www.wbu.de

Anzeigen im
KOMPASS
bringen Kontakte!

Infos unter: www.weltbuch.com
weltbuch@mac.com, Fax: 0351-4794245

1/1
19 x 27,4 cm
1.320,- €

1/2
19 x 13,5 cm
850,- €

1/3
6 x 27,4 cm
19 x 8,8 cm
620,- €

1/4
6 x 20 cm
19 x 6,4 cm
340,- €

1/8
6 x 9,8 cm
9,2 x 6,4 cm
290,- €